

Betreibermodelle für www.GeoLizenz.org

**Anlage 3 zum Abschlussbericht
Modellvorhaben Lizenz- und Kostenfragen
bei Geodaten**

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----------|
| 1. Betreibermodelle für www.GeoLizenz.org | 3 |
| 1.1. Variante A: Betrieb seitens der GIW-Kommission | 3 |
| 1.2. Variante B : Betrieb innerhalb der GDI-DE | 3 |
| 1.3. Variante C: Betrieb durch ein Dienstleistungszentrum IT des Bundes..... | 3 |
| 1.4. Variante D: Hosting bei einem privaten Dienstleister | 4 |
| 1.5. Variante E: Betrieb in Form eines Public-Private-Partnership-Modells | 4 |

1. Betreibermodelle für www.GeoLizenz.org

1.1. Variante A: Betrieb seitens der GIW-Kommission

Die Kommission für Geoinformationswirtschaft ist eine Wirtschaftskommission des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft innerhalb der Geodateninfrastruktur Deutschland. Sie arbeitet auf Grundlage ihrer Erfahrungen in operativen Leitprojekten, in denen reale Geschäftsmodelle von Unternehmen umgesetzt werden. Daraus wurden ein einheitliches Lizenzmodell, eine einfache Web-Lizenz-Applikation und ein Code of Conduct – Datenschutz entwickelt. Grundphilosophie der Kommission ist die partnerschaftliche Kollaboration zwischen Wirtschaft und Verwaltung, um diese Lösungen zu erarbeiten.

Die operative Einheit der GIW-Kommission ist ihre Geschäftsstelle an der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover. Dort werden sämtliche Prozesse moderiert und Internetanwendungen entwickelt und betrieben. Mit der Web-Applikation www.GeoLizenz.org wurde gezeigt, dass eine medienbruchfreie Lizenzierung staatlicher Geoinformationen vom Vertrieb bei der Geodaten haltenden Stelle bis hin zum zahlenden Nutzer in der Wirtschaft einfach und einheitlich möglich ist. Eine realistische Chance zur erfolgreichen Durchführung des Pilotbetriebs ist die konsequente Weiterführung dieser Aktivitäten. Anzustreben ist zudem mittelfristig eine Implementierung dieser Lizenzierungsapplikation als zentrale Komponente in der Architektur der GDI-DE (siehe Variante B).

1.2. Variante B : Betrieb innerhalb der GDI-DE

Die Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) ist ein dezentrales Netzwerk aus verschiedenen Georesourcen. Sie wird durch die Koordinierungsstelle GDI-DE, angesiedelt am Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, gesteuert. Die Koordinierungsstelle betreibt darüber hinaus zentrale Komponenten, die für die GDI-DE von hoher Bedeutung sind. Hierzu zählen u.a. ein zentraler Katalogdienst für die Verwaltung von Geo-Metadaten und ein Geoportal. Auf Grund der hohen Bedeutung einer Lizenzierungskomponente und der zu erwartenden Schnittstelle zur geplanten Autorisierungs- und Authentifizierungskomponente wäre der Betrieb dieser innerhalb der GDI-DE sinnvoll.

Für die GDI-DE liegt bereits ein Betriebsmodell vor (siehe auch [3]), dieses könnte um weitere Aspekte zum Betrieb einer Lizenzierungskomponente erweitert werden. Bei einem Betrieb innerhalb der GDI-DE würde jedoch ein Koordinierungsaufwand anfallen, um die Geolizenzierungs-Anwendung in die bestehende Betriebsinfrastruktur zu integrieren. Darüber hinaus ist ein entsprechendes Kostenmodell zu entwickeln, um die Kostenverteilung zu regeln.

Allerdings besteht für eine Anpassung des GDI-DE–Architekturkonzepts mittelfristig kein Spielraum, da die Verwaltungsvereinbarung, die den Aktions- und Finanzrahmen der nächsten fünf Jahre festlegt und in dem die Integration der Geolizenzierungs-Anwendung nicht berücksichtigt ist, bereits im Oktober durch den IT-Planungsrat gebilligt wurde.

1.3. Variante C: Betrieb durch ein Dienstleistungszentrum IT des Bundes

Möglich ist auch die Variante des Betriebs innerhalb eines Dienstleistungszentrums IT (DLZ-IT) des Bundes, da es sich um eine Anwendung der Bundesverwaltung handelt. Das Produktspektrum eines DLZ-IT umfasst in der Regel alle Serviceleistungen für den Betrieb von zentralen

Datenbanken, Applikations- und Webservern, der Gewährleistung von Sicherheitsaspekten, der Systemüberwachung sowie der Initialisierung eines ITIL-basierten Service-Level-Managements.

1.4. Variante D: Hosting bei einem privaten Dienstleister

Das Hosting, also die Bereitstellung eines Servers durch einen privaten, kommerziellen Dienstleister, ist aus technischer Sicht möglich. Dieser garantiert jedoch lediglich die Verfügbarkeit der zu Grunde liegenden Plattform (üblicherweise ein Betriebssystem mit Internetanschluss).

Bei der Nutzung eines Hosting-Angebots ist zu beachten, dass alle Betriebsaspekte der eigentlichen Anwendung selbständig abgedeckt werden müssen. Das bedeutet, dass entsprechende Prozesse zur Überwachung der Verfügbarkeit und Funktionsfähigkeit der einzelnen Komponenten, Datensicherungs- und Wiederherstellungsprozesse, Sicherheitsmanagement, etc. selbständig eingeführt und betrieben werden müssen.

Es sind darüber hinaus vergaberechtliche Aspekte zu beachten, wenn der Betrieb von Anwendungen der Bundesverwaltung innerhalb eines Dienstleistungszentrums IT des Bundes erfolgen sollte.

1.5. Variante E: Betrieb in Form eines Public-Private-Partnership-Modells

Die positiven Erfahrungen, die in der Privatwirtschaft mit Outsourcing gemacht werden, lassen sich auch auf die öffentliche Verwaltung übertragen. Durch die Übernahme von unternehmerischen Risiken oder anteiliger (Vor-)Finanzierung können Geschäftsmöglichkeiten geschaffen werden, die andernfalls aufgrund der angespannten öffentlichen Haushalte nicht bestünden.

Für die Geolizenzierungs-Anwendung stellt der Betrieb der Fachanwendung durch einen privaten Dienstleister (Application Service Providing (ASP)) und Zugriff der Nutzer via Internet eine mögliche Alternative zur behördeninternen Leistungserbringung dar.

Durch den Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) wurden umfangreiche Untersuchungen zu verschiedenen Varianten durchgeführt und entsprechende Dokumente veröffentlicht¹.

Da die konkrete Beurteilung der Vorteile, Nachteile und Risiken des PPP-Betriebsmodells jeweils vom konkreten Anwendungsfall abhängt, ist eine detaillierte Analyse, insbesondere eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung erforderlich.

¹ BITKOM Leitfaden PPP bei E-Government Projekten

http://www.bitkom.org/de/publikationen/38337_28166.aspx

BITKOM Beispielvertrag zur ASP-Nutzung

http://www.bitkom.org/files/documents/BITKOM_ASP-Beispielvertrag_03-2006.doc

BITKOM ASP-Sicherheitsleitfaden

http://www.bitkom.org/files/documents/ASP-Sicherheitsleitfaden_V23.pdf

BITKOM Leitfaden für SaaS-Anbieter (Fortschreibung des Leitfadens für ASP Geschäftsmodelle)

http://www.bitkom.org/files/documents/leitfaden_saas_20090310_web_neu%281%29.pdf

BITKOM Benchmarking in IT-Outsourcing Verträgen

http://www.bitkom.org/files/documents/leitfaden_benchmarking_in_ito-projekten_web.pdf